

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

04. April 2016

Afghanistan

Militärische Auseinandersetzungen

Nach Angaben der UN gab es zwischen dem 01.12.15 und dem 15.02.16 landesweit 4.014 sicherheitsrelevante Vorfälle und damit 8,3 % weniger als in den Vergleichszeiträumen der Jahre 2014 und 2015. Allerdings weisen im Vergleichszeitraum die Monate Januar und Februar 2015 die höchsten Zahlen seit 2001 auf. Bei über der Hälfte der Vorfälle handelte es sich um bewaffnete Zusammenstöße, 19,2 % waren Bombenanschläge. Weiterhin wurden 154 gezielte Tötungen (einschließlich Versuchen) registriert, 27 % weniger als in den Vergleichszeiträumen 2014 und 2015. Mit 20 Selbstmordanschlägen kam es zu zehn weniger als in den Vorjahresvergleichszeiträumen.

In den vergangenen Wochen gab es bewaffnete Auseinandersetzungen, Luft- und Raketenangriffe, Razzien etc. u.a. in den südlichen Provinzen Helmand, Uruzgan (dort sollen tausende Familien ihre Heimatorte verlassen haben), den nördlichen Provinzen Baghlan, Faryab, Balkh, Jawzjan, der nordöstlichen Provinz Kunduz, den östlichen Provinzen Nangarhar, Kunar, Nuristan, Laghman, den westlichen Provinzen Farah, Herat, Badghis, der zentralen Provinz Kapisa, den südöstlichen Provinzen Ghazni und Paktia.

Gezielte Anschläge und Übergriffe

Am 22.03.16 starben mindestens zehn Angehörige der Sicherheitskräfte bei Bombenanschlägen in den Provinzen Zabul (Süden) und Herat (Westen). In der südlichen Provinz Kandahar wurden mindestens sieben Mitglieder der Afghan Local Police bei einer sog. Insider-Attacke von ihren Kameraden erschossen.

Am 24.03.16 wurden fünf Polizisten im Distrikt Noorgram der östlichen Provinz Nuristan bei einem Angriff der Taliban entführt. In Kunar (Osten) starb ein Soldat bei einem Bombenanschlag auf ein Militärfahrzeug. Sieben Soldaten und ein Zivilist wurden verletzt.

Am 26.03.16 starben bei Anschlägen in Badghis (Westen) und Zabul (Süden) mindestens zwei Zivilisten. In der zentralen Provinz Maidan Wardak wurde ein Richter aus der Stadt Ghazni (Südosten) ermordet.

Am 27.03.16 wurde in Logar (Zentrum) ein hochrangiger Militär bei einem Bombenanschlag getötet.

Am 28.03.16 traf eine Rakete das neue Parlamentsgebäude in Kabul und richtete Sachschaden an. In Nangarhar (Osten) wurde der Vater des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs entführt.

Am 29.03.16 wurde ein Bombenanschlag auf einen ehemaligen Senator in Kabul verübt. Dabei wurden mindestens vier Menschen getötet und 15 verletzt. In Jawzjan (Norden) richteten Taliban drei Männer hin, denen vorgeworfen wurde, die Regierung unterstützt zu haben.

Am 30.03.16 wurde in der südlichen Provinz Nimroz ein Mann wegen Mordes von Taliban öffentlich hingerichtet. In der zentralen Provinz Daikundi kamen der Militärstaatsanwalt der Provinz und sein Fahrer bei einem Bombenanschlag um.

Taliban wollen große Städte angreifen

Die Taliban kündigten, im Rahmen der alljährlichen Frühjahrsoffensive Operationen zur Eroberung großer Städte an. Bisher konnten sie lediglich Kunduz (im September 2015) kurzzeitig erobern.

Rekrutierungen Minderjähriger

In der südlichen Provinz Helmand (zurzeit heftig umkämpft) sollen die Taliban eine große Rekrutierungsaktion gestartet haben.

Pakistan

Zwangskonversion und -verheiratung

Nach Erkenntnissen des katholischen Nachrichtendienstes Fides sollen jedes Jahr mindestens 1.000 junge Frauen aus religiösen Minderheiten entführt und zwangsverheiratet werden, die Dunkelziffer sei weitaus größer.

Anschlag in Lahore

Am Ostersonntag, 27.03.16, ereignete sich in einem Park von Lahore (Punjab) ein Selbstmordanschlag, bei dem mindestens 72 Menschen starben, darunter 35 Kinder. Mehr als 330 Menschen wurden verletzt Die Gruppe Jamaat ul-Ahrar bekannte sich zur Tat und teilte mit, man habe sowohl Christen als auch die Regierung treffen wollen. Der Anschlag richtete sich gegen Christen, die das Osterfest begingen. Unter den Opfern waren mehr Muslime als Christen.

Irak

Opferzahlen

Im März 2016 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count (IBC) 1.073 Zivilpersonen getötet.

Nach der UN Assistance Mission for Iraq (UNAMI) gab es 575 zivile Todesopfer und 1.196 Verletzte im März 2016. Weiter wurden 544 Mitglieder der irakischen Armee, Peshmerga-Kämpfer und andere Verbündete (ohne Opferzahlen der Anbar-Operationen) getötet und 365 verletzt.

Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad mit 1.029 (259 Tote, 770 Verletzte) zivilen Opfern. In der Provinz Ninive gab es 133 Tote und 89 Verletzte, in der Provinz Babil 65 Tote und 141 Verletzte, in der Provinz Kirkuk 34 Tote und 57 Verletzte, in der Provinz Diyala elf Tote und in der Provinz Salahaddin sechs Tote und einen Verletzten.

Angaben des Health Directorate in Anbar zufolge waren bis zum 30. März 2016 zivile Opfer (64 Tote und 137 Verletzte) zu verzeichnen.

UNAMI weist darauf hin, dass es sich um Mindestangaben handelt, da in Konfliktgebieten die Opferzahlen nicht verifiziert werden können.

Tötung eines IS-Raketenexperten

Eigenen Angaben vom 03.04.16 zufolge hat die US-Armee einen Raketenexperten des IS, Jasim Kadija, getötet. Dieser sei früher Offizier der irakischen Armee gewesen.

Syrien

Regierungssoldaten erobern die Stadt al-Karjatain vom IS

Die syrische Armee eroberte nach Meldungen vom 03.04.16 die Stadt al-Karjatain vom IS zurück, die strategisch bedeutend in der Provinz Homs zwischen Damaskus und Palmyra liegt. In der Stadt lebte vor dem Krieg eine große christliche Gemeinde. Seit mehr als einem Monat gilt zwar ein Waffenstillstand in Syrien, von diesem sind extremistische Gruppen wie IS oder Jabhat al-Nusra (JN) ausgenommen.

Massengrab in Palmyra entdeckt

Nach der Rückeroberung von Palmyra am 24.03.16 durch syrische Soldaten entdeckten diese nach Informationen vom 02.04.16 im Nordosten der Stadt ein Massengrab mit 42 Leichen, darunter die Überreste von 24 Zivilisten und 18 Soldaten.

IS tötet 15 eigene Mitglieder

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 03.04.16 soll der IS 15 eigene Kämpfer getötet haben. Ihre Exekutionen sollen im Zusammenhang mit dem Tod des IS-Mitglieds Abu Hidscha al-Tunisi stehen, der am 30.03.16 bei einem Luftangriff ums Leben gekommen sein soll.

Jihadisten bei Luftangriffen in der Provinz Idleb getötet

Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte vom 03.04.16 sollen bei Luftangriffen im Nordosten 20 Jihadisten getötet worden sein, darunter der Sprecher der JN, Abu Firas al-Suri, der sich in der Provinz Idleb mit anderen Jihadisten getroffen habe.

Jemen

Waffenruhe und Friedensgespräche vereinbart

Der UN-Sondergesandte Ismail Ould Cheikh Ahmed berichtete am 23.03.16, die Kriegsparteien hätten sich auf eine Waffenruhe ab 10.04.16 Mitternacht geeinigt sowie auf Friedensgespräche zwischen der jemenitischen Regierung und Houthis-Rebellen in Kuwait ab dem 18.04.16. In den vergangenen zwölf Monaten sollen etwa 6.000 - 6.200 Menschen durch Kampfhandlungen ums Leben gekommen sein, etwa die Hälfte davon Zivilisten. 80 % der ca. 24 Millionen Einwohner sind von humanitärer Hilfe abhängig, bis zu geschätzt 2,4 Millionen Menschen auf der Flucht.

Regierungsumbildung

Der jemenitische Präsident Abd Rabbo Mansur Hadi entließ am 03.04.16 den Regierungschef Chaled Bahah, dem er Scheitern in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik vorwarf. Bahah, der auch als Vizepräsident fungierte, war seit 2014 im Amt. Er soll weiterhin als Präsidentenberater arbeiten. Neuer Ministerpräsident soll Ahmed Obaid bin Daghr werden, neuer Vizepräsident Generalmajor Ali Mohsen al-Ahmar.

Entführter Priester am Leben

Nach Angaben der indischen Außenministerin Sushma Swaraj befindet sich der aus Indien stammende Salesianerpater Tom Uzhunnalil in Sicherheit, der am 04.03.16 nach einem Anschlag auf ein christliches Seniorenheim vermutlich von IS-Einheiten in der Stadt Aden entführt wurde, jedoch sei sein derzeitiger Aufenthaltsort nicht bekannt. Die indische Regierung arbeite intensiv auf seine Freilassung hin.

Libanon

75 Mädchen aus Händen von Menschenhändlern befreit

Nach einer Meldung vom 31.03.16 sollen libanesische Sicherheitskräfte einen Menschenhändler-Ring im Norden Beiruts gesprengt und 75 Mädchen befreit haben, die misshandelt und zur Prostitution gezwungen wurden. Bei den Opfern soll es sich größtenteils um Syrerinnen gehandelt haben. Die Sicherheitsbehörden vermuten, dass einige Mädchen aus den Flüchtlingsunterkünften weggelockt oder von anderen Flüchtlingen an Menschenhändler verkauft wurden.

Türkei

Bombenanschläge im Südosten

Am 02.04.16 kamen bei einem Bombenanschlag in der Stadt Nusaybin (Provinz Mardin, im mehrheitlich kurdischen Südosten) fünf türkische Soldaten sowie ein Polizist ums Leben. Für den Anschlag wurde die PKK verantwortlich gemacht. Bereits am 31.03.16 wurden bei einem Anschlag auf einen Polizeibus in der Hochburg der Kurden, Diyarbakir, sieben Polizisten getötet und 23 Personen verletzt. Nach zwei Jahren relativer Ruhe eskaliert der Kurdenkonflikt seit Juli 2015. Seither kommt es in Diyarbakir und anderen kurdischen Städten immer wieder zu heftigen Straßenkämpfen mit Opfern auf beiden Seiten. Die türkische Regierung will die PKK zerschlagen. Dazu gehören auch Luftangriffe auf die nordirakischen Lager der PKK.

Abschiebungen in die Türkei beginnen

Drei Wochen nach Abschluss des Flüchtlingspaktes zwischen der EU und der Türkei beginnen am 04.04.16 die Abschiebungen von Migranten aus Griechenland in die Türkei. Das Abkommen sieht vor, dass alle Menschen, die seit dem 20.03.16 illegal nach Griechenland gekommen sind, ab dem 04.04.16 zwangsweise in die Türkei zurückgebracht werden. Ausgenommen sind nur die Personen, die nachweisen können, dass sie

in der Türkei verfolgt werden. Seit dem Stichtag trafen etwa 5.000 Personen auf den Ostägäis-Inseln ein. Für jeden aus Griechenland abgeschobenen Syrer soll ein Syrer aus der Türkei legal in der EU aufgenommen werden. Dies gilt zunächst für 72.000 Syrer, die in der Türkei Zuflucht gefunden haben. 15.000 von ihnen sollen nach Deutschland kommen.

Ägypten

Hilfsappell an USA

Nach einem Pressebericht, der sich auf einen investigativen Blog beruft, soll Präsident Abdel Fattah al-Sisi Präsident Obama um eine rasche militärische Intervention zur Unterstützung im Kampf gegen den IS auf dem Sinai gebeten haben. Wenn der IS nicht aufgehalten werde, könne die Halbinsel zum Hauptstützpunkt der Terroristen im Nahen Osten werden.

Dem Blog zufolge sollen hochrangige ägyptische Militärs begonnen haben, Alternativen für den Fall zu suchen, dass die USA dem Hilfsersuchen nicht nachkommen werden. Eine Bitte an Russland sei nicht auszuschließen.

Mali

EU-Soldaten angegriffen

Am 21.03.16 griffen vier Bewaffnete das Nord-Sud-Hotel in Koulikoro bei Bamako an, in dem auch das Hauptquartier der EU-Ausbildungsmission in Mali untergebracht ist. Bei der Attacke soll ein Bewaffneter getötet und zwei verletzt worden sein. Nach Polizeiangaben vom 23.03.16 wurden insgesamt 21 Personen in Verbindung mit dem Anschlag festgenommen und Granaten, Munition, eine Maschinenpistole sowie ein Sturmgewehr sichergestellt.

Bedeutender Jihadisten-Chef festgenommen

Spezialkräfte des Geheimdienstes haben den mutmaßlich wichtigsten Jihadisten-Chef des südlichen Landesteils festgenommen. Wie die Nachrichtenagentur AFP am 31.03.16 aus malischen Sicherheitskreisen erfuhr, wurde Souleymane Keita einige Tage zuvor an der Grenze zu Mauretanien gefasst.

Sudan

400.000 Menschen benötigen Unterstützung

Nach Angaben des Leiters des World Food Programmes (WFP) der Vereinten Nationen vom 03.04.16 könnten wegen geringer Regenfälle etwa 400.000 Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sein. In Teilen des Landes seien die Ernteaussichten derzeit wesentlich schlechter als in der Saison zuvor. Besonders betroffen seien der Osten, Ostdarfur und das Zentrum von Kordofan. Neben der Unterstützung für diese besonders Betroffenen will das WFP 2016 etwa 3,8 Mio. Menschen in Sudan mit Nahrungsmittel helfen.

Niger

Offizielle Wahlergebnisse

Die Wahlkommission im Niger veröffentlichte am 22.03.16 das offizielle Ergebnis der Präsidentschaftsstichwahl vom 20.03.16. Demnach gewann Amtsinhaber Issoufou mit 92,5 % der Stimmen, Gegenkandidat Amadou erhielt sieben Prozent. Die Wahlbeteiligung wurde mit 60 % angegeben. Die neue Amtszeit Issoufous begann am 02.04.16.

Senegal

Verfassungsreferendum

Im Senegal waren am 20.03.16 die Wähler zu einem Referendum über eine von Präsident Sall eingebrachte Verfassungsänderung aufgerufen. Zu den Änderungen gehört neben mehr Bürgerechten auch die Verringerung der Amtszeit des Staatsoberhauptes auf fünf Jahre (bislang sieben Jahre) und die Festlegung des maximalen Alters eines Präsidentschaftskandidaten auf 75 Jahre. Wie das Innenministerium am 22.03.16 mitteilte, stimmten fast 63 % der Wähler der Verfassungsänderung zu, rund 37 % dagegen. Die Wahlbeteiligung betrug gut 40 %. Die Amtszeit Salls (bis 2019) ist nicht von der Verkürzung betroffen.

Westafrika/Ebola

Aufhebung des globalen Gesundheitsnotstandes

Die WHO-Generaldirektorin Chan gab am 29.03.16 die Aufhebung des globalen Gesundheitsnotstandes bekannt, der im August 2014 aufgrund der Ebola-Epidemie in Westafrika ausgerufen worden war. Die Epidemie sei bis auf Einzelfälle unter Kontrolle. Der WHO-Entscheidung war eine Empfehlung internationaler Experten voraus gegangen. Der Gesundheitsnotstand hatte den internationalen Reiseverkehr beeinträchtigt.

Somalia

Sicherheitslage

Sicherheitskräfte von Galmudug (autonome Verwaltung von Teilen der Regionen Galguduud und Mudug) verhafteten am 28.03.16 in der Region Mudug zwölf Kämpfer der al-Shabaab, darunter einen Tansanier und zwei Kenianer.

Am 28.03.16 erschossen mutmaßliche al-Shabaab-Angehörige in Mogadischus Stadtteil Heliwa einen somalisch-kanadischen Geschäftsmann in einer Moschee.

Al-Shabaab-Kämpfer überfielen in der Nacht auf den 29.03.16 in der Stadt Qoryoley (Region Lower Shabelle) einen Kontrollpunkt der somalischen Polizei. Opferzahlen wurden nicht bekannt.

Am 30.03.16 sollen Soldaten der somalischen Armee in der Stadt Afgoye (Region Lower Shabelle) willkürlich das Feuer auf Zivilisten eröffnet haben. Den Sicherheitskräften gelang es nicht, die Täter zu stellen.

Am 31.03.16 tötete in Galkayo ein Selbstmordattentäter einen Regierungsmitarbeiter Puntlands und fünf Polizisten. Die al-Shabaab übernahm die Verantwortung und bezeichnete die Tat als Rache für das Vorgehen Galmudugs und Puntlands gegen al-Shabaab.

Mutmaßliche al-Shabaab-Kämpfer überfielen im Stadtteil Hodan in Mogadischu am 30.03.16 zwei Fahrzeuge mit türkischen und aserbaidischen Staatsangehörigen. Dabei kamen zwei türkische Studenten und eine Frau aus Aserbaidshan ums Leben.

Am 31.03.16 starben bei einer Explosion in einer Moschee in Beledweyne (Region Hiran) zwei Personen. Es wird vermutet, dass die Tat im Zusammenhang mit Clanstreitigkeiten steht.

Ein früherer Bürgermeister von Mogadischu beklagte die Verschlechterung der Sicherheitslage in der Stadt. Dem US-Verteidigungsministerium zufolge unternahm die USA am 01.04.16 bei Jilib (Region Middle Juba) einen Drohnenangriff auf Hassan Ali Dhoore, einen Führer der al-Shabaab. Es müsse noch geprüft werden, ob der Einsatz erfolgreich gewesen sei.

Nach Angaben aus Kreisen der somalischen Regierung vom 01.04.16 planen die somalische Armee und AMISOM, die Stadt Janaale (Region Lower Shabelle) unter ihre Kontrolle zu bringen. Al-Shabaab kontrolliert die Stadt seit September 2015. Nach AMISOM-Angaben vom 02.04.16 wurden bei einem Einsatz der somalischen Streitkräfte und der AMISOM in Janaale der örtliche Kommandeur der al-Shabaab und 22 Kämpfer getötet.

Côte d'Ivoire

Tote bei Stammesunruhen

Bei Konflikten über Landnutzungsrechte sind im Nordosten Côte d'Ivoires seit Mitte März 2016 mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 1.000 seien vor den Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Stämmen von Viehhirten und Bauern in der Region Bounkani ins benachbarte Burkina Faso geflohen, hieß es aus UN-Kreisen. Angesichts des Konfliktes soll die Anzahl der stationierten UN-Soldaten der United Nations Operation in Côte d'Ivoire von 200 auf 400 erhöht werden. Die ivorische Armee kündigte an, ihre 500 Soldaten auf 700 Soldaten aufzustocken. Das Konfliktgebiet liegt rund 600 Kilometer nördlich von Abidjan, dem Wirtschaftszentrum des Landes.

Nigeria

Anführer der islamistischen Terrororganisation Ansaru verhaftet

Laut Militärangaben vom 03.04.16 wurde am 01.04.16 der Anführer der nigerianischen islamistischen Terrororganisation Ansaru („Helfer der Muslime in Schwarzafrika“), Khalid al-Barnawi, in der Hauptstadt Lokoja des zentralnigerianischen Bundesstaates Kogi, verhaftet. Al-Barnawi ist der Nachfolger des bereits im März 2012 bei einer Razzia in der Stadt Kano getöteten Abubakar Adam Kamar, dem Gründer der Ansaru. Im Juni 2012 waren Al-Barnawi, Kamar sowie der Anführer der Terrororganisation Boko Haram von der US-Regierung auf deren Liste der meistgesuchten Terroristen gesetzt worden. Die Mitte 2012 erstmals mit einem Video an die Öffentlichkeit getretene Gruppe Ansaru gilt als Abspaltung der Boko Haram mit Verbindungen zum Terrornetzwerk al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM). Ihr Fokus liegt vor allem auf dem internationalen Dschihad. Mehrfach entführte sie westliche Staatsangehörige.

Über 500 Boko-Haram-Geiseln befreit

Leo Irabor, Kommandeur der Militäroperation Lafiya Dole zur Bekämpfung der Terrororganisation Boko Haram im Nordosten Nigerias, informierte am 30.03.16 die Presse, dass Soldaten in der Kala-Balge Local Government Area an der Grenze zu Kamerun 567 Zivilisten befreiten, die von Boko Haram als Geiseln gehalten worden waren. Ferner seien 15 Terroristen getötet worden.

Benin

Patrice Talon ist neuer Präsident

Die Stichwahl um das Präsidentenamt vom 20.03.16 gewann der Geschäftsmann Patrice Talon mit 65 % der abgegebenen Stimmen vor seinem Konkurrenten, Premierminister Lionel Zinsou (35 %). In der ersten Runde der Wahlen vom 06.03.16 hatte keiner der 33 Kandidaten eine absolute Mehrheit erreicht (vgl. BN v. 14.03.16).

DR Kongo

Früherer Vizepräsident Bemba verurteilt

Am 21.03.16 sprach der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) den ehemaligen Vizepräsidenten der DR Kongo (2003-2006), Jean-Pierre Bemba, für Kriegsverbrechen in drei Fällen (Mord, Raub und Plünderung) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in zwei Fällen (Mord und Raub) schuldig. Begangen hatten die Taten von Oktober 2002 bis März 2003 etwa 1.500 Soldaten der von Bemba befehligten Miliz „Bewegung für die Befreiung Kongos“ (MLC) in der benachbarten Zentralafrikanischen Republik. Diese sollen dort zahlreiche Männer, Frauen und Kinder gefoltert, eine Vielzahl von Frauen und Mädchen vergewaltigt und Güter geplündert haben. Laut Urteilsbegründung handelte Bemba effektiv als militärischer Befehlshaber und hatte effektive Autorität und Kontrolle über die MLC-Streitkräfte, die die Verbrechen begangen haben. Mit dem Urteil wurden erstmals Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt als Mittel der Kriegsführung geahndet. Das Strafmaß wird zu einem späteren Zeitpunkt verkündet. Gegen das Urteil sind Rechtsmittel möglich.

Republik Kongo

Präsident Sassou Nguesso gewinnt Wiederwahl

Laut Angaben des Innenministers vom 24.03.16 gewann der bisherige Amtsinhaber Sassou Nguesso die Präsidentschaftswahlen vom 20.03.16 mit rund 60 % der abgegebenen Stimmen. Die zweitmeisten Stimmen erhielt der Oppositionsführer Guy-Brice Parfait Kolelas mit 15 %; auf den dritten Rang kam der frühere General Jean-Marie Mokoko mit 14 %. Kolelas und Mokoko sowie weitere Präsidentschaftskandidaten erhoben in einem gemeinsamen Protestaufruf Manipulationsvorwürfe und forderten eine Neuauszählung. Sie riefen zu friedlichen Protesten und zivilem Ungehorsam auf. Um die Wiederwahl Nguessos zu ermöglichen, waren im Oktober 2015 in einem von Regierungsgegnern boykottierten Referendum das bis auf 70 Jahre festgesetzte Höchstalter des Staatsoberhauptes sowie die Begrenzung auf zwei Amtszeiten aufgehoben worden.

Serbien

UN-Tribunal verurteilt Radovan Karadzic zu 40 Jahren Haft

Das UN-Kriegsverbrechertribunal zum früheren Jugoslawien hat am 24.03.16 den Gründer und ersten Präsidenten der Republika Srpska (Bosnien) Karadzic (70 J.) u.a. für den Völkermord in Srebrenica zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil über Ex-General Ratko Mladić, dem Oberbefehlshaber der bosnisch-serbischen Streitkräfte unter dessen unmittelbarem Kommando der Völkermord an 7.000 Muslimen in Srebrenica verübt worden war, wird für kommendes Jahr erwartet

UN-Tribunal spricht Voislav Šešelj frei

Am 31.03.16 hat das Tribunal den Vorsitzenden der Serbischen Radikalen Partei (SRS) Vojislav Šešelj in allen Anklagepunkten aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Šešelj war ein enger Vertrauter von Staatschef Slobodan Milosevic und ein Verfechter des großserbischen Nationalismus. Er musste sich für die Ermordung und die Vertreibung von Kroaten und Muslimen während des Kroatien-Kriegs (1991-95) und des Bosnien-Kriegs (1992-95) verantworten.

Der Freispruch wird allgemein als Niederlage für die juristische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen angesehen. Außerdem wird befürchtet, dass nationalistische Kräfte neuen Auftrieb erhalten.

Neuwahlen

Für den 24.04.16 sind vorgezogene Wahlen ausgeschrieben. Trotz einer stabilen Mehrheit im Parlament will sich Ministerpräsident Aleksandar Vucic (Serbische Fortschrittspartei – SNS) nach zwei Jahren im Amt ein neues Mandat geben lassen, um den EU-Beitritt Serbiens 2020 zu vollenden und die damit verbundenen Reformen abzuschließen. Kritiker werfen ihm vor, er wolle nur seine Macht verlängern. Ein erneuter Wahlsieg der SNS gilt derzeit als sicher. Die Oppositionsparteien bezeichnen die Wahl als unnötig und unfair. Die Regierungsautoritäten hätten alle Ebenen von Kritik und öffentlicher Kontrolle unterdrückt bis hin zur Zensur (vgl. BN v. 18.01., 21.03.16).

Proteste gegen Nato-Abkommen

Mehr als 6.000 Menschen sind am 27.03.16 in Belgrad auf die Straße gegangen, um gegen die Kooperation zwischen Serbien und der Nato zu protestieren. Das Kooperations-Abkommen ist Anfang März in Kraft getreten. Es beinhaltet u.a. gemeinsame Militärmanöver. Nach Aussagen von Ministerpräsident Vucic plane Serbien aber keinen Nato-Beitritt, es wolle militärisch neutral bleiben. Laut jüngsten Umfragen sind 80 % der Bevölkerung gegen eine Nato-Zusammenarbeit, auch die Unterstützung für einen EU-Beitritt ist mittlerweile auf weniger als 50 % gesunken. Gleichzeitig hat die Zahl der Bürger, die positiv gegenüber Russland eingestellt sind, in den letzten Jahren zugenommen.

Kosovo

Bombenangriff auf Sporthalle vor Besuch des serbischen Premiers

Vor dem Besuch des serbischen Premierministers Vucic in der von Kosovo-Serben bewohnten Stadt Zubin Potok kam es in der Nacht zum 04.04.16 zu einem Bombenanschlag auf eine Sporthalle. Verletzt wurde niemand. In Zubin Potok will Vucic heute zu seinen Parteianhängern sprechen. An den vorgezogenen Wahlen in Serbien dürfen auch Kosovo-Serben teilnehmen.

EJR Mazedonien

Grenze zu Griechenland bleibt bis Jahresende geschlossen

Das Parlament beschloss am 29.03.16 seine Grenzen mindestens bis zum Jahresende geschlossen zu halten und keine Flüchtlinge durchreisen zu lassen. Es verlängerte damit auch die Ausrufung des Notstands, der den Einsatz des Militärs an den Landesgrenzen rechtfertigt. Die Südgrenze, zu Griechenland, ist seit Februar 2016 abgeriegelt.

Ukraine

Neue Mobilisierungswelle

Am 22.03.16 kündigte Präsident Poroschenko eine neue Mobilisierungswelle an. Diese soll 10.000 Männer erfassen. Gleichzeitig sollen Freiwillige für den Militärdienst angeworben werden, die ein Monatsgehalt von 7.000 Hrywnja (etwa 240 Euro) erhalten werden (Mindestlohn: 1.400 Hrywnja). Mit den neuen Kämpfern will man einen Teil der 45.000 Soldaten nach über einem Jahr Dienst an der Ostukraine-Frontlinie ablösen. In diesem Jahr sollen sich bereits etwa 13.000 Personen bei der Armee freiwillig verpflichtet haben. Es ist geplant, eine Berufsarmee aufzubauen.

Aserbaidshan/Armenien

Viele Tote bei Kämpfen um Berg-Karabach

Der Streit zwischen Armenien und Aserbaidshan um die Südkaukasusregion Berg (Nagorny)-Karabach ist erneut eskaliert. In der heftigsten militärischen Auseinandersetzung seit dem Waffenstillstand von 1994 sind in der Konfliktregion mindestens 30 Soldaten getötet worden. Armenien berichtete von 18 Toten, Aserbaidshans Militär meldete zwölf Tote. Auch seien Zivilisten verletzt und getötet worden. Beide Seiten schätzten die Verluste des Gegners weitaus höher ein. Die ehemaligen Sowjetrepubliken machen sich gegenseitig für den Ausbruch der Gefechte mit Raketen, Artillerie und Panzern verantwortlich, die am Abend des 01.04.16 begannen. Aserbaidshan erklärte am 03.04.16 eine einseitige Feuerpause.

Hintergrund

Berg-Karabach wird fast ausschließlich von Armeniern bewohnt, gehört völkerrechtlich aber zu Aserbaidshan. Nach einem dreijährigen kriegerischen Konflikt (1991 bis 1994) mit Zehntausenden von Toten, setzten sich die Berg-Karabach-Armenier mit Hilfe der Republik Armenien und Russlands gegen Aserbaidshan durch. 1994 wurde ein Waffenstillstand vereinbart und Berg-Karabach de facto von Aserbaidshan abgetrennt. Die völkerrechtlich nicht anerkannte „Republik Berg-Karabach“ versteht sich als eigenständiger Staat und verfügt über ein Parlament, eine Regierung und einen Präsidenten. Sie ist nur überlebensfähig aufgrund der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung durch Armenien. Jahrelange Verhandlungen zur Lösung des Konflikts haben bisher keine wesentlichen Fortschritte gebracht.

Bangladesch

Mord an Konvertit

In Kurigam (Norden) wurde am 22.03.16 ein 1999 zum Christentum konvertierter Muslim auf offener Straße ermordet. Nach der Tat warfen die Angreifer einen Molotowcocktail auf die Straße, um Panik zu verbreiten. Laut Polizei soll es sich um einen religiös motivierten Mord handeln. In sozialen Netzwerken bekannte sich der IS zu der Tat. In den vergangenen sechs Monaten gab es mehrere gezielte Übergriffe auf religiöse Minderheiten, säkulare Blogger und Ausländer. Dabei waren neun Menschen ums Leben gekommen und über 100 verletzt worden. In der vorangegangenen Woche wurde ein schiitischer Priester erstochen, vermutlich von IS-Anhängern, im Januar ein Hindu-Priester.

Unruhen bei Regionalwahlen

Bei den Regionalwahlen kam es am 23.03.16 in mehreren Landesteilen zu gewalttätigen Unruhen, bei denen mindestens zehn Menschen ums Leben kamen.

Vietnam

Tran Dai Quang ist neuer Präsident

Das Parlament bestätigte am 02.04.16 Tran Dai Quang als neuen Präsidenten. Er war der einzige, vom Zwölften Parteitag der Kommunistischen Partei im Januar 2016 bestimmte Kandidat.

Haftstrafe für Bürgerrechtler

Am 23.03.16 wurde der prominente Bürgerrechtler und Blogger Nguyen Huu Vinh wegen „Missbrauchs von Freiheit und Demokratie zum Verstoß gegen Staatsinteressen“ zu fünf Jahren Haft verurteilt. Seine Assistentin Nguyen Thi Minh Thuy erhielt eine dreijährige Haftstrafe.

Kolumbien

Friedensverhandlungen mit Rebellengruppen

Die Friedensgespräche mit der größten Rebellengruppe des Landes, Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), wurden verlängert. Ursprünglich war bereits für den 23.03.16 die Unterzeichnung eines Friedensvertrages geplant. Über mehrere Fragen, u.a. die Entwaffnung der FARC, gibt es noch keine Einigung.

Die Regierung und die zweitgrößte Rebellengruppe, Ejército de Liberación Nacional (ELN), werden offizielle Friedensverhandlungen aufnehmen. Darauf einigten sich Unterhändler nach zweijährigen informellen Gesprächen am 30.03.16 in Caracas (Venezuela). Ein Termin für den Beginn der Verhandlungen wurde nicht bekannt.